



HÖCHSTE ZEIT
FÜR DIE LÖSUNG
DER SCHULDENKRISE

August 2015



Entschuldungskurier #16

Kampagne „Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise“ | UN-Prozess zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens | Drohende neue Schuldenkrisen | Griechenland | MTV 2015 | und vieles mehr

27





Eine Publikation von
erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e. V.

August 2015

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung
der Evangelischen Landeskirche in Württemberg realisiert.

Redaktion

Jürgen Kaiser
Kristina Kühne
Mara Liebal, V. i. S. d. P.
Kristina Rehbein

Layout und Satz

Mara Liebal

Titelbilder:

oben: erlassjahr.de
unten: Miriam Paesler / Miratrick Berlin

Bestellung und Information

erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 4693-196
Fax.: 0211 / 4693-197
E-Mail: buero@erlassjahr.de
www.erlassjahr.de

Bankverbindung

erlassjahr.de e. V.
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE19370205000008247700

Inhalt

Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise	4
Der UN-Prozess für ein Staateninsolvenzverfahren – September 2014 bis September 2015	6
IWF: Wie der Katastrophenhilfsfonds hilft, dass einem Land nach der Katastrophe nicht geholfen werden kann	10
Dritte UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung: Was bringt der Addis-Abeba-Aktionsplan?	11
Petition: Streicht Griechenlands Schulden!	13
Kirchentag 2015: erlassjahr.de und der Bundesfinanzminister	14
Wanderausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“	15
Vortragsreise: Ghana - ausweglose Schuldenfalle?	16
erlassjahr.de in den Medien	17
Subsahara-Afrika: Neue Schuldenkrisen drohen	18
Schuldenquiz	19
Neue Mitträger	20
Aus der Geschäftsstelle	21
Mitträgersversammlung 2015 in Eisenach	22



Editorial

Liebe Mitträger, liebe Freund/innen und Interessierte,

das letzte Jahr stand ganz im Zeichen der Kampagne „Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise“. Bei ihrem Treffen in Dresden haben wir die G7-Finanzminister auf die Gefahr der drohenden neuen Schuldenkrisen und die historische Chance durch den UN-Prozess zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens aufmerksam gemacht (Seite 4).

Im September 2014 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution zur Schaffung eines Verfahrens zur Lösung von Schuldenkrisen. Eingebracht und durchgesetzt wurde dieser Vorschlag von den Entwicklungs- und Schwellenländern. Sie scheinen es satt zu haben, den willkürlichen Entscheidungen der reichen Länder ausgeliefert zu sein. Ein Verfahren, das im Falle einer Staatspleite deren schnelle, effektive und für alle Beteiligten faire Lösung sicherstellt, wird gerade jetzt dringend benötigt, denn in vielen Ländern im Globalen Süden drohen neue Schuldenkrisen (Seite 18). Der Prozess dafür endet im Septem-

ber. Was erwartet werden kann, lesen Sie ab Seite 6.

Ebenfalls im September wird die neue UN-Entwicklungsagenda verabschiedet. Auf der Konferenz zu deren Finanzierung wurde jedoch versäumt, das Problem von Staatsschuldenkrisen angemessen anzugehen (Seite 11). Dabei sind bereits jetzt 83 Entwicklungs- und Schwellenländer kritisch verschuldet. Glaubhafte Entwicklungsziele können nur verabschiedet werden, wenn der Abfluss finanzieller Ressourcen auf ein tragfähiges Maß reduziert wird.

Die dramatischen Konsequenzen für die Bevölkerung, wenn eine Schuldenkrise verschleppt statt gelöst wird, sehen wir momentan auch in Griechenland (Seite 13).

Ganz gleich wo: Es ist höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise!

Im Namen von erlassjahr.de wünsche ich Ihnen eine spannende Lektüre.

Herzliche Grüße
Mara Liebal



Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise

Die Kampagne „Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise“ fordert die Finanzminister der G7-Staaten auf, endlich die Realität drohender Schuldenkrisen zu erkennen, ihrer selbsterklärten Verantwortung gerecht zu werden und sich an der Erarbeitung von Lösungen zu beteiligen.

Während direkt neben ihnen Menschen unter einer immer größer werdenden Schuldenlast ächzen, schlafen die Finanzminister der G7-Staaten entspannt in ihren Liegestühlen auf dem Dresdener Neumarkt. Ein Finanzminister blinzelt verärgert, steckt sich dann Ohropax in die Ohren, um das Ächzen der Schuldner nicht länger mitanhören zu müssen.



Rund 200 Aktivistinnen und Aktivisten forderten in Dresden von den G7-Finanzministern: „Verschläft die nächste Krise nicht!“

Doch gerade als die Schuldner/innen unter der Last zusammenzubrechen drohen, ertönt Weckerrasseln. Von allen Seiten stürmen Menschen hinzu und halten den Finanzministern ihre lärmenden Wecker entgegen. Die Botschaft richtet sich an die echten Finanzminister, die wenige Meter entfernt im Residenzschloss tagen: „Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise!“

Rund 200 Aktivist/innen waren Ende Mai beim Flashmob und der anschließenden Kundgebung dabei und machten ordentlich Lärm. Sie alle wollten nicht hinnehmen, dass die Finanzminister der reichen Länder die Augen vor der Realität drohender Schuldenkrisen im Globalen Süden verschließen. Denn ein Verfahren, mit dem Staatsschuldenkrisen fair und schnell gelöst werden können,

gibt es nicht. Stattdessen zahlen regelmäßig die Ärmsten für die Krise – mit verpassten Entwicklungschancen und einem Leben in Armut.

Wie notwendig eine solches Verfahren ist, zeigt ein Blick in den Schuldenreport 2015 von erlassjahr.de: 83 Länder sind kritisch verschuldet. In Anbetracht der Politik des billigen Geldes ist zu erwarten, dass es in vielen

Ländern im Globalen Süden schon bald wieder zu Schuldenkrisen kommt.

Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz erklärt im Vorwort des Schuldenreports 2015: „Seit mehr als drei Jahren leben wir mit historisch niedrigen Zinssätzen auf den internationalen Kapitalmärkten. Deren Folgen für Entwicklungs- und Schwellenländer sind



Mit lautem Weckerklingeln haben wir die schlafenden G7-Finanzminister geweckt. Bei der Aktion hat es geklappt – im echten Leben ist noch viel Lärm notwendig, um den Politikerinnen und Politikern klar zu machen, dass wir endlich ein faires Entschuldungsverfahren brauchen.



Während sich die nächste Schuldenkrise aufbaut, schlafen die Finanzminister ganz entspannt weiter.

offensichtlich: Wenn Regierungen die Chance haben, günstige Kredite aufzunehmen, dann tun sie das auch. Ganz gleich ob sie mit diesen Krediten in die Infrastruktur und Produktivität investieren, Löcher im öffentlichen Haushalt stopfen, zweifelhafte Geschäfte mit irgendwelchen Spezis in ihrem Umfeld finanzieren oder andere mehr oder weniger ehrenwerte Investitionen tätigen. Und man muss schon ziemlich naiv sein, um anzunehmen, dass im Unterschied zu allen bisherigen derartigen Kreditwellen, einschließlich derjenigen, die zur ‚Schuldenkrise der Dritten Welt‘ in den 1980er Jahren führte, ausgerechnet diese nicht in Staatspleiten münden sollte. Genau damit sollten wir in einigen oder sogar in vielen Ländern rechnen.“

Nicht nur Stiglitz, auch viele andere Schuldenexpertinnen und -experten sind sich einig: Die nächste Schuldenkrise kommt!

Was oft vergessen wird, wenn über Schuldenkrisen gesprochen wird: Es geht hier nicht um Zahlen, sondern um Menschen. Ist

ein Staat überschuldet, ist die Regierung gezwungen, wichtige Ausgaben für die Bevölkerung zu streichen und hohe Steuern einzuführen, um die nicht mehr tragfähigen Schulden zu bedienen. Schulgebühren, unzureichende Gesundheitsversorgung und unbezahlbare Lebensmittelpreise sind die Folgen. Vor allem für diejenigen in der Bevölkerung, die ohnehin durch Armut und soziale Ausgrenzung zu den verwundbarsten Teilen der Bevölkerung gehören, sind die Konsequenzen dramatisch.

Doch obwohl wir erleben, dass Schuldenkrisen immer wieder auf-

treten, tun unsere Politikerinnen und Politiker in jeder Schuldenkrise so, als wäre die jetzige Krise ein einmaliges und noch nie dagewesenes Phänomen. Schuldenkrisen werden nicht gelöst, sondern mit neuen Krediten finanziert und über Jahre hinweg verschleppt.

Wenn es zu neuen Schuldenkrisen kommt, dann stehen die betroffenen Länder vor den gleichen Herausforderungen wie Mexiko, die Philippinen oder der Senegal in den 1980er und 1990er Jahren und Griechenland heute: Es gibt kein Verfahren, um eine Schuldenkrise schnell und fair zu lösen. Die Kosten dafür zahlen die Menschen in den überschuldeten Staaten.

Die Entwicklungs- und Schwellenländer haben das erkannt. Sie haben die Nase voll davon, dass die Reichen und Mächtigen allein entscheiden, was im Fall einer Schuldenkrise zu tun ist. Sie haben daher dafür gesorgt, dass die Schaffung eines Insolvenzverfahrens für Staaten auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen steht. Nur wenn es ein solches

Erklärfilm: Schuldenkrise – Gebt überschuldeten Staaten eine Chance!



In 2:30 Minuten wird hier erklärt, worum es in der Kampagne „Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise“ geht. Er macht deutlich: Jetzt muss gehandelt werden. Nur so kann verhindert werden, dass kommende Schuldenkrisen ebenso dramatische Auswirkungen für die Menschen in den betroffenen Ländern haben, wie vergangene und aktuelle Krisen. Den Clip und alle Infos zur Kampagne finden Sie unter www.erlassjahr.de/kampagnen/hoechste-zeit.

Verfahren, wie Privatpersonen und Unternehmen es in Anspruch nehmen können, auch für Staaten gibt, kann verhindert werden, dass zukünftige Krisen wieder Millionen Menschen die Chance auf ein Leben in Würde nehmen.

Doch einige reiche Länder blockieren diesen Prozess in den Vereinten Nationen – dazu gehören auch Deutschland und die meisten anderen G7-Staaten. Sie verschlafen damit die historische Chance, endlich dafür zu sorgen, dass den Lebensbedingungen von Menschen mehr Bedeutung beigemessen wird als der Rückzahlung von Schulden.

Genau deshalb hat erlassjahr.de gemeinsam mit zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützern aus Dresden und ganz Deutschland Ende Mai bei der Inszenierung auf dem Neumarkt während des Gipfeltreffens der G7-Finanzminister ordentlich Krach geschlagen.

Ob die echten Finanzminister im wenige Meter entfernten Residenzschloss das Weckerrasseln gehört haben? Am gleichen Abend nahm jedenfalls Wolfgang Schäuble überraschend am Gottesdienst von erlassjahr.de zum Thema „... wie auch wir vergeben unseren Schuldnern“ teil (siehe Seite 14). Dort hörte der Finanzminister sich die Predigten des Bischofs des katholischen Bistums Dresden-Meißen Heiner Koch und des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens Jochen Bohl an, die sich für den Erlass untragbar hoher Auslandsschulden im Rahmen fairer Verfahren aussprachen.

Im Vorfeld hatte erlassjahr.de im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Höchste Zeit für die



Unterstützung gab es auch aus der internationalen Entschuldungsszene, hier Fanwell Bokosi vom Afrikanischen Forum und Netzwerk für Schulden und Entwicklung.

Lösung der Schuldenkrise“ die Finanzminister der G7-Staaten aufgefordert, endlich die Realität von Schuldenkrisen anzuerkennen und sich an der Erarbeitung von Lösungen zu beteiligen. Symbolisch für über 2.000 Unterschriften

ten übergab Kristina Rehbein von erlassjahr.de im Anschluss an die Öffentliche Anhörung mit internationalen Schuldenexpert/innen am 28. Mai einen Wecker an Dr. Ludger Schuknecht, Abteilungsleiter im Bundesfinanzministerium. Inzwischen haben wir den Wecker auch noch mal offiziell im BMF übergeben. Der bedrückenden Behörde in der Berliner Wilhelmstraße kann der gelbe Krachmacher nur gut tun! Wie notwendig ein faires Entschuldungsverfahren ist, machte Dr. Fanwell Bokosi vom Afrikanischen Forum und Netzwerk für Schulden und Entwicklung zu Beginn der Veranstaltung deutlich: „Wir müssen eine Entscheidung treffen: Wollen wir unsere Kinder sterben lassen oder wollen wir unsere Schulden bezahlen?“ ▲

Der UN-Prozess für ein Staateninsolvenzverfahren – September 2014 bis September 2015

Obwohl erlassjahr.de seit jeher mit verschiedenen Organisationen des UN-Systems recht gut vernetzt ist, wurden wir Anfang September 2014 von einer bevorstehenden Abstimmung in der Vollversammlung sehr positiv überrascht. Bei ihrem Gipfeltreffen im bolivianischen Santa Cruz de la Sierra hatten die Regierungen der Entwicklungs- und Schwellenländer („G77 & China“) beschlossen, in der Weltorganisation eine Initiative für die Schaffung eines geordneten Insolvenzverfahrens für Staaten auf den Weg zu bringen.

Der Impuls für den Prozess ging von Argentinien aus, dessen Auseinandersetzung mit US-amerikanischen Geierfonds zu der Zeit auf einem Höhepunkt war. Die treibende Kraft war in den folgenden Monaten dann die (turnusmäßige) G77-Präsidentschaft, nämlich die Regierung Boliviens. Überhaupt war die Initiative in Lateinamerika viel stärker verankert als in Asien oder Afrika.

Gemäß den üblichen UN-Gepflogenheiten luden die G77 zwischen Juli und September 2014 zunächst die anderen informellen Gruppen im UN-System, in denen normalerweise die Meinungsbildung abläuft, zu vorbereitenden Gesprächen über die Initiative

ein. Das sind die EU sowie die JUSCANZ-Gruppe, zu der Japan, die USA, Kanada, Australien und Neuseeland gehören. In beiden Gruppen kam man recht schnell zu einer Verständigung, dass man sich an dem gesamten Prozess nicht beteiligen wolle.

Yea	No	Abstain
124	11	47

Mit 124 zu 11 Stimmen wurde die Resolution zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens verabschiedet.

Der formale Vorwand für diese Haltung war, dass die G77 von vornherein darauf abzielten, einen „Rechtsrahmen für eine geordnete Staateninsolvenz“ zu schaffen. Mit dieser Vorgabe sei der Prozess nicht mehr „ergebnisoffen“ gewesen und damit für die Industrieländer in den beiden Gruppen inakzeptabel. Worum es wirklich ging, wurde allerdings auch rasch deutlich, nämlich die Machtfrage, wo überhaupt solche Diskussionen stattfinden dürfen (siehe unten).

Das Ergebnis der Verweigerung der reichen Länder war, dass die G77 den Prozess weitgehend unter sich durchführten, nachdem sie mit ihrer Mehrheit in der Vollversammlung am 9. September



Miriam Paesler / Miratrick Berlin

Um nicht länger den willkürlichen Entscheidungen der reichen Länder ausgeliefert zu sein, forderten die Entwicklungs- und Schwellenländer die Erarbeitung von Krisenmechanismen in den Vereinten Nationen.

2014 eine entsprechende Resolution durchgesetzt hatten.

Im Dezember musste ein weiterer Beschluss die technischen Voraussetzungen für die Arbeit eines Ad-hoc-Komitees an dem geplanten Rechtsrahmen ermöglichen (Geld und Räumlichkeiten auf dem Gelände der UNO). Im Februar, April und Juli tagte dann dreimal für jeweils zwei Tage das Ad-hoc-Komitee unter Vorsitz des inzwischen aus der G77-Präsidentschaft herausrotierten UNO-Botschafter Boliviens, Sacha Llorenti. Der Begriff „Komitee“ ist dabei etwas irreführend, denn es handelte sich nicht um ein irgendwie dafür ausgewähltes und mandatiertes Gremium, sondern um jeweils offene Konsultationen, an denen jede UN-Delegation teilnehmen konnte, welche das wollte.

Es zeigte sich auch recht schnell, dass in dem „Komitee“ nicht systematisch an einem „Rechtsrahmen“ gearbeitet werden würde, welcher dann im September von der Vollversammlung zu beschließen gewesen wäre. Vielmehr boten die Sitzungen meist exzellente Inputs von internationalen Expertinnen und Experten wie zum Beispiel Joseph Stiglitz, gefolgt von vorbereiteten Redebeiträgen der durchweg positiv eigenstellten Delegationen. Auch für unsere Kolleg/innen

aus der NRO-Szene gab es in der Regel gute Möglichkeiten, unsere Vorstellungen und Anregungen zu Gehör zu bringen.

Vor der dritten Komitee-Sitzung im Juli war indes klar, dass es keine substanzielle Beschlussfassung zu einem Rechtsrahmen oder einer anderen spürbaren Veränderung der künftigen Schuldner-Gläubiger-Beziehungen geben würde. Vielmehr waren die G77 den eisern boykottierenden Industrieländern so weit entgegengekommen, dass sie am Ende nur noch eine Resolution zur Abstimmung stellten, die jenseits allgemeiner „Prinzipien“ für einen fairen Umgang mit Schuldenkrisen überhaupt keine konkreten Vereinbarungen mehr enthielt – außer der, dass man im UNO-Rahmen weiter reden wolle. Diese Rechnung des Globalen Südens ging allerdings nicht auf. Der „Norden“ scherte sich weder um die Sinnhaftigkeit einer geordneten Staateninsolvenz noch um das demonstrative Entgegenkommen der vorher so harsch kritisierten Süd-Länder und blieb fern.

Die Akteure, ihre Interessen und ihre Argumente

Bemerkenswert war von Anfang an, wie geschlossen und solidarisch die G77 die Initiative un-

News-Ticker zum UN-Prozess zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens



14.06.14

Santa Cruz de la Sierra.
Gipfeltreffen der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer in der UNO („G77 und China“). G77 und China sehen Hauptziel in der Beseitigung der globalen Armut. Schaffung neuer Entwicklungsmöglichkeiten durch Schuldenerlass, Moratorien und Neustrukturierung der Schulden.

15.08.14

G77 und China formulieren auf argentinische Initiative hin Resolution zur Schaffung einer UN-Konvention für ein faires und transparentes Entschuldungsverfahren.

09.09.14

New York.
UN-Vollversammlung nimmt Resolution zur Schaffung eines geordneten Staateninsolvenzverfahrens an - 124 dafür, 11 dagegen (Industrieländer), 41 Enthaltungen; Deutschland stimmt dagegen.

14.10.14

New York.

UN-Vollversammlung beschließt, zur Erarbeitung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens ein Ad-hoc-Komitee einzurichten.

05.12.14

New York.

Modalitäten für Umsetzung des Beschlusses von großer Mehrheit in Vollversammlung angenommen - 128 ja, 16 nein, 34 Enthaltungen; Deutschland stimmt dagegen, viele europäische Länder enthalten sich.

29.12.14

New York.

UN-Vollversammlung richtet ein Ad-hoc-Komitee ein. Das Ad-hoc-Komitee ist offen für die Beteiligung sowohl aller Mitgliedsstaaten wie auch Beobachter/innen der Vereinten Nationen. Es sind drei inhaltliche Treffen des Komitees vorgesehen.

03.-05.02.15

New York.

Erste inhaltliche Sitzung des Ad-hoc-Komitees. Diskussion über Rechtsrahmen für geordnetes Staateninsolvenzverfahren. EU und andere Industrieländer halten Boykotthaltung durch.

28.-30.04.15

New York.

Zweite Sitzung des Ad-hoc-Komitees auf der Grundlage eines *Elements*-Paper. Das von UNCTAD verfasste Papier ist eine Beschreibung zahlreicher denkbarer Optionen für eine Verfahrensreform, aber noch kein Entwurf für den angestrebten Rechtsrahmen.

29.05.2015

New York.

Die bolivianische Präsidentschaft des Ad-hoc-Komitees legt einen ersten Entwurf für eine Abschlussresolution des Prozesses vor. Der Text signalisiert extremes Entgegenkommen gegenüber den Industrieländern: Von einem Rechtsrahmen ist keine Rede mehr, sondern nur noch von sehr allgemein gehaltenen Prinzipien für künftige Entschuldungsverfahren.

terstützten, obwohl der Blick auf Staatsschuldenprobleme aus der Sicht des weltgrößten Gläubigers China oder der Finanzdrehscheibe Singapur anders aussieht als aus dem geiergeplagten Argentinien oder dem am Rande des Staatsbankrott manövrierenden Jamaika. Diese Geschlossenheit liegt in hohem Maße an dem Gefühl der Bedrohung durch die Entscheidungen der US-Justiz zugunsten der Geierfonds, die argentinische Staatsanleihen billig gekauft, dann auf volle Begleichung geklagt und anschließend den Zahlungsverkehr des Landes mit dem Rest der Welt empfindlich gestört hatten. Das könnte allen passieren, und die Idee, an die Stelle solcher willkürlicher Entscheidungen einer Gläubiger-Justiz ein von der Staatengemeinschaft vereinbartes, für Reich und Arm gleichermaßen verbindliches und rechtsstaatliches Verfahren zu setzen, war für alle attraktiv. Erst im Vorfeld der dritten Komitee-Sitzung, als klar wurde, dass es nicht gelingen würde, zumindest einzelne Regierungen aus dem Norden zu einer Vereinbarung zu bewegen, brachen auch die Widersprüche innerhalb der G77-Gruppe stärker auf.

Die EU-Finanzminister/innen hatten vor der Entscheidung in der UN-Vollversammlung im September 2014 bereits beschlossen, dass man die Resolution ablehnen werde. Interessanterweise schlug sich das aber nicht im Abstimmungsverhalten der europäischen Delegationen nieder. Nur eine Minderheit stimmte tatsächlich mit „Nein“, während sich die meisten EU-Staaten, wie auch die Nicht-EU-Mitglieder Schweiz und Norwegen, enthielten. Das hängt damit zusammen, dass die in den Vereinten Nationen federführenden Außenministerien nicht überall bereit waren, sich dem einzigen Argument (wenn man das denn so nennen will) der Finanzminister, Diskussionen über die internationale Finanzarchitektur hätten ausschließlich im Internationalen Währungsfonds

(IWF) stattzufinden, ohne weiteres anzuschließen. In Washington haben schließlich die Finanzminister/innen und Notenbanken die Repräsentanz der Staaten inne, und so billig mochte sich manche/r Außenpolitiker/in denn doch nicht ausmanövrieren lassen. Zumal die super-kompetenten europäischen Financer gerade dabei waren, die Griechenland-Krise vor den Augen der Welt in eine veritable Katastrophe zu verwandeln. Besonders pikant war überdies die Rolle der italienischen EU-Präsidentschaft: Weil die Italiener auf einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat hoffen, mussten sie gleichzeitig das formelle „Nein“ der EU begründen und die Mehrheit der G77 bei Laune halten. Heraus kamen ein „Nein“-Statement und eine Enthaltung bei der Abstimmung.

Das deutsche Auswärtige Amt war indes nicht in Gefahr, sich gegenüber seinen Vorgesetzten im Finanzministerium unbotmäßig zu zeigen. Als die G77 die Abschlussresolution so weit entschärft und unverbindlich gemacht hatten, dass formell und inhaltlich überhaupt kein Grund mehr zu finden war, warum man im Interesse künftiger effizienterer Krisenbewältigung nicht wenigstens miteinander reden könnte, wurde der anhaltende Boykott damit begründet, dass in dem Resolutionsentwurf noch immer auf die ungeliebte Entschließung vom September 2014 Bezug genommen wurde. Es ist allerdings nicht mehr als Standard bei solchen UN-Prozessen, dass man sagt, warum eine Resolution verabschiedet wird und auf welche bisherigen Beschlüsse sie aufbaut. Letztlich ging es um die vom Bundesfinanzministerium gegenüber erlassjahr.de auch freimütig so formulierte Machtfrage: Was hat diese komische UNO sich in internationale Finanzbeziehungen einzumischen? Kompetent dafür ist doch einzig der IWF (dessen Schuldentragfähigkeitsanalyse im Fall Griechenlands das gleiche BMF im übrigen gerade als irrelevant hinstellt).

Die Schwächen des Prozesses und warum er nicht zu einem Durchbruch führte

Unglücklich war von Anfang an das ambitionierte Ziel, innerhalb eines Jahres in der UN-Vollversammlung einen Rechtsrahmen zu schaffen und zu verabschieden. Nur in Ausnahmefällen haben die Diplomaten, die zusammen die Vollversammlung ausmachen, jemals rechtssetzende Texte verabschiedet und verbindlich gemacht. Wie weit die Vollversammlung dazu überhaupt rechtlich in der Lage ist, ist umstritten. Das große (und ehrenwerte) Ziel führte dann dazu, dass kleinere, aber signifikante Schritte in dem Prozess gar nicht mehr genauer diskutiert wurden. Einer davon war der zwei-

schonzeitlich von erlassjahr.de in die Debatte gebrachte Vorschlag zur Schaffung einer *Debt Workout Institution*, welche mit einem UN-Mandat Staaten bei der Organisation fairer und umfassender Entschuldungsverhandlungen mit der Gesamtheit ihrer Gläubiger unterstützen könnte.

Da die G77 über kein eigenständiges Sekretariat verfügen, sondern nur über einen rotierenden Vorsitz, der inzwischen bei Südafrika liegt, waren auch die Bemühungen der Staatengruppe und der dann installierten Präsidentschaft des Ad-hoc-Komitees zum Dialog mit denjenigen, die zwar „Nein“ gesagt hatten, aber eventuell für eine konstruktive Haltung zu gewinnen sein könnten, sehr unsystematisch. erlassjahr.de hatte für den vorsitzenden Botschafter Llorenti Anfang 2015 Gespräche mit den Außenministerien in Berlin, Bern und Prag organisiert, die allesamt nicht stattfanden, weil der Botschafter unter der Fülle seiner Aufgaben die Zeit für die Gespräche in Europa nicht fand. Wenn man seine guten Argumente den zeitweise durchaus dialogbereiten Außenpolitiker/innen gar nicht vorträgt, macht man es den Hardlinern in den Finanzministerien leicht, Dialogverweigerung als Politik auszugeben.

Geht noch was oder „außer Spesen nichts gewesen“?

Die einzige Stärke der Abschlussresolution des Prozesses, den das Ad-hoc-Komitee im September der Vollversammlung zur Abstimmung vorlegen wird, besteht darin, dass ein weiter laufender Dialogprozess in der UNO darin enthalten ist. Man rettet sich, nachdem ein schneller Erfolg nicht zu erzielen war, quasi ins Offene. Bereits im Frühjahr hatte Botschafter Llorenti davon gesprochen, dass man bei Reformen eher an Zehnjahreszeiträume als an schnelle Erfolge denken müsse. Es besteht ein absurdes Missverhältnis zwischen der Qualität und der Reife der ver-

28.07.2015

New York

Bei der abschließenden Sitzung des Ad-hoc-Komitees wird der von den G77 & China eingebrachte Schlussbericht auch nur von diesen diskutiert und schließlich angenommen. Darin werden neun nicht übermäßig kontroverse „Prinzipien“ für die Restrukturierung von Staatsschulden benannt.

schiedenen Vorschläge für ein geordnetes Staateninsolvenzverfahren, die seit den neunziger Jahren auf dem Tisch liegen, sowie der Dramatik der aktuellen Schuldenkrisen in der Eurozone, in der Ukraine oder der Karibik einerseits, und der Reformfähigkeit der internationalen Staatengemeinschaft andererseits.

erlassjahr.de hat in den letzten drei Jahren in einer Arbeitsgruppe der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) an einer *Roadmap for Sovereign Debt Workout* gearbeitet. Diese hat ihrerseits einiges an der Substanz für die Abschlussresolution des Vollversammlungprozesses geliefert. Den gesamten Prozess in der Vollversammlung hindurch hat UNCTAD quasi als Sekretariat des Prozesses fungiert. Seine Fähigkeit, führende Akademiker/innen zur Mitarbeit an solchen Vorschlägen außerhalb des IWF zusammenzubringen, war eine deutliche Stärke dieses Prozesses. Leider verfügt UNCTAD über keine politischen Kompetenzen, die etwa in der Lage wären, strategische Allianzen für ein solch zentrales Projekt zu schaffen. Als Zivilgesellschaft in einem der wichtigen Blockierer-Länder wird erlassjahr.de auch in Zukunft das Seine dazu tun, die eigene Regierung zu einer pro-aktiveren Haltung zu bewegen. Ob ein im September hoffentlich noch zu beschließender länger angelegter UN-Prozess das Potenzial hat, als ein zentrales Projekt für solche Alternativen zu dienen, muss sich noch zeigen. ▲

Fachinformation 48: Ein greifbares Ergebnis des UN-Prozesses für ein Staateninsolvenzverfahren: Das „Sovereign Debt Restructuring Liaison Office“



Fachinformation 48 thematisiert die mögliche Institutionalisierung eines neuen Schuldenregimes, wie die Resolution der Vereinten Nationen zur Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens es anstrebt. Jürgen Kaiser macht einen konkreten Vorschlag, der über die Form eines Rechtsrahmens hinausgeht: die Einrichtung eines „Sovereign Debt Restructuring Liaison Office“.

IWF: Wie der Katastrophenhilfsfonds hilft, dass einem Land nach der Katastrophe nicht geholfen werden kann

Der Katastrophenhilfsfonds des Internationalen Währungsfonds soll Ländern, die Opfer von Naturkatastrophen eines bestimmten Ausmaßes geworden sind, einen Teil ihrer Zahlungsverpflichtungen erlassen. Doch das Beispiel Nepal zeigt, wie willkürlich die Zugangsvoraussetzungen sind. Problematisch ist außerdem, dass ein Teil des Geldes eigentlich für Schuldenerlasse im Rahmen der Initiative für hoch verschuldete arme Staaten (HIPC-Initiative) vorgesehen war.

Nach dem Erdbeben in Haiti 2010 hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) eine besonders günstige Kreditlinie geschaffen, die Ländern nach solchen Katastrophen den raschen Zugang zu finanziellen Mitteln ermöglichen soll. Als Resultat der Ebola-Krise in Westafrika wurde die Fazilität Anfang 2015 erweitert und zugänglicher gemacht. Als wenige Wochen



think4photop / Shutterstock.com

lasse des IWF unter der *Multilateral Debt Relief Initiative* (MDRI) gegenzufinanzieren.

Nepal ist tendenziell ein Begünstigter beider Kreditlinien:

- zwecks Bewältigung der Erdbebenkatastrophe 2015 und
- als nachträglicher Kandidat für Schuldenerleichterungen aus der HIPC/MDRI-Initiative.

nach der Erweiterung Nepal von einem schweren Erdbeben heimgesucht wurde, nahmen viele an, dass das Himalaya-Land der nächste Empfänger von Unterstützung aus der gut gefüllten Fazilität sein würde.

Das Gegenteil geschah: Weitergehende Unterstützung durch den IWF ist durch die neue Fazilität noch unwahrscheinlicher geworden. Und das kam so:

Der IWF vergibt Kredite aus den Einzahlungsquoten, die die Mitglieder (fast alle Staaten der Erde) gemäß ihrer Wirtschaftskraft leisten. Besondere Kreditlinien wie der Katastrophenhilfe-Treuhandfonds (engl. *Catastrophe Containment and Relief Trust*, CCRT) werden allerdings durch gesonderte Einzahlungen – oft aus den Entwicklungshilfe-Mitteln der reichen Mitgliedsstaaten – gewährt. In diesem Fall griff die Leitung des IWF zusätzlich in einen anderen lange nicht genutzten Treuhandfonds, der 2005 eingerichtet worden war, um unumgängliche Schuldener-

Am Ende steht das Land allerdings mit leereren Händen da als zuvor: Der Stab des Fonds rechnete aus, dass das Erdbeben zwar 8.600 Menschen getötet und rund eine halbe Million Häuser zerstört habe. Leider, leider liegt es damit aber knapp unter der Zugangsgrenze einer Zerstörung von 25 Prozent der produktiven Kapazitäten des Landes oder Gesamtschäden von mindestens 100 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Hätte es nur ein klein bisschen heftiger gerumst, oder wären noch ein paar Fabriken (also die „produktiven Kapazitäten“) mehr in sich zusammengefallen, hätte der IWF aus der CCRT wahrscheinlich die 54 Millionen US-Dollar, die das Land dem IWF schuldet, übernehmen können. So aber ...

Grundsätzlich kann sich Nepal indes immer noch für die HIPC/MDRI-Initiative qualifizieren. Auch dann bestünde die Möglichkeit, zulasten des entsprechenden (MDRI-)Treuhandfonds auf die ge-

Fachinformation 51: Fragwürdige Großzügigkeit: Der IWF schafft Möglichkeiten zur Entlastung für Länder in katastrophischen Situationen



Die ganze Geschichte mit allen Zahlen und Quellenangaben enthält die Fachinformation 51. Online unter www.erlassjahr.de/material-und-publikationen/fachinformationen.

samten 54 Millionen US-Dollar zu verzichten und dem Land dadurch dringend benötigte fiskalische Spielräume für den Wiederaufbau zu schaffen. Abgesehen davon, dass das HIPC/MDRI-Verfahren – anders als die schnelle Katastrophenhilfe aus dem CCRT – aber ein langwieriges Verfahren ist, das Nepal noch nicht einmal begonnen hat: Der Fonds, aus dem der IWF solche Erlasse gegenfinanziert, ist nun leer, da seine gesamten Restmittel in Höhe von rund 74 Millio-

nen US-Dollar eben in den CCRT verschoben worden sind.

Vielleicht ließe sich das Geld sogar wieder auftreiben, wenn Nepal in fernerer Zukunft mal am HIPC-Completion Point ankommen sollte. Aber bis dahin hat der IWF sich selbst erst mal einen starken Anreiz geschaffen, genau diesen Moment hinauszuzögern. Die Willkür, mit der die Schäden durch Ebola in Westafrika als ausreichend und die des Erdbebens

im Himalaya als nicht ausreichend berechnet worden sind, zeigt, welche Spielräume der IWF dafür hat. Und keiner zieht ihn dafür zur Rechenschaft.

Ergebnis des verweigerten Schuldenerlasses: Am 31. Juli gibt der IWF, stolz wie Oskar, bekannt, dass man dem armen Nepal mit 49,7 Millionen US-Dollar beim Wiederaufbau helfen wird. Natürlich nicht geschenkt. Das sind neue Kredite. ▲

Dritte UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung: Was bringt der Addis-Abeba-Aktionsplan?

Bei der dritten UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung ging es um die Mobilisierung von zusätzlichen Finanzmitteln für die Umsetzung der neuen Nachhaltigkeitsziele, der *Sustainable Development Goals* (SDG). Das Ergebnis ist der sogenannte Addis-Abeba-Aktionsplan.

Während die Vereinten Nationen den Addis-Abeba-Aktionsplan (engl. *Addis Ababa Action Agenda*, AAAA) als „historisches Abkommen“ bezeichnen, sind Vertreterinnen und Vertreter der anwesenden Nichtregierungsorganisationen deutlich kritischer.

Das Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, zu dem sich 600 internationale Organisationen zusammengeschlossen haben, bemängelt, dass die Konferenz es versäumt habe, die strukturelle Ungerechtigkeit im internationalen Wirtschaftssystem anzupacken. Auch in den meisten Entwicklungsländern stieß die Einigung von Addis Abeba auf Kritik: Der Aktionsplan sei unausgewogen und zu stark von den Interessen des Nordens bestimmt.

Bei den Verhandlungen in Addis Abeba waren Eva Hanfstängl, Re-



Verhandlungen in Addis Abeba

Eva Hanfstängl / Brot für die Welt

ist enttäuschend angesichts der gewaltigen globalen Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt: die extreme Armut endgültig überwinden, soziale Gerechtigkeit durchsetzen und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahren.“

ferentin für Entwicklungsfinanzierung und Finanzpolitik bei Brot für die Welt und Bündnisrätin bei erlassjahr.de, und Bodo Ellmers von unserem europäischen Dachnetzwerk EURODAD mit dabei. Laut Eva Hanfstängl ist die Konferenz „eine herbe Enttäuschung“ für die Entwicklungsländer. Der AAAA enthalte nur wenige konkrete Schritte, um Entwicklung zu finanzieren und die ambitionierten Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Dringend notwendige strukturelle Reformen werden nicht angegangen: „Der geringe politische Wille

Wir haben bei Bodo Ellmers vom Europäischen Netzwerk für Schulden und Entwicklung genauer nachgefragt, was in Addis Abeba, vor allem im Hinblick auf das Thema Schulden, diskutiert wurde.

erlassjahr.de: Welche Themen wurden in Addis Abeba besonders heiß diskutiert?

Bodo Ellmers: Bei der Konferenz selbst war die Schaffung einer Kommission zur Steuerkooperation bei den Vereinten Nationen das heiß diskutierte Thema, bis in die Nacht hinein wurde hierzu ver-

handelt. Derzeit ist es so, dass internationales Steuerrecht von der OECD geschaffen wird. Also von einer Organisation, die nur reiche Länder vertritt. Entwicklungsländer sitzen dort nicht mit am Tisch. Deshalb bevorzugen die globalen Steuerregeln die reichen Länder. Die Entwicklungsländer fordern, dass die UN in Zukunft die globalen Steuerregeln macht, weil hier jedes Land eine Stimme hat. Bei der Steuerkommission wollten sie bis zuletzt nicht locker lassen. Verständlich, erwartet man doch von ihnen in Zukunft mehr Steuern einzunehmen und mit weniger Entwicklungshilfe auszukommen. Das funktioniert mit den derzeitigen Regeln nicht, die bieten zu viele Schlupflöcher für Konzerne und Gutverdiener. Herausgekommen ist dann ein fauler Kompromiss.

Im fast einjährigen Vorbereitungsprozess der Konferenz waren aber auch andere Themen lange umstritten, etwa verbindliche Zeitpläne zur Erhöhung der Entwicklungshilfe und natürlich auch das Dauerthema Auslandsverschuldung.

Wie zufrieden bist du allgemein mit dem Abschlussdokument der Konferenz?

Es ist nicht einfach zu beurteilen, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Einerseits spricht der Addis-Abeba-Aktionsplan viele wichtige Themen an. Angefangen bei der besseren Mobilisierung einheimischer Ressourcen durch Stärkung von Steuersystemen und der Bekämpfung von Kapitalflucht, über die Förderung der privaten Investitionen und des Welthandels, bis hin zu mehr und besserer Entwicklungshilfe und der Reform der internationalen Finanzarchitektur.

Allerdings, wirklich handfeste und verbindliche Beschlüsse hat es in keinem dieser Bereiche gegeben. Es sind auch keine messbaren Ziele oder Deadlines formuliert

worden, an denen man den Erfolg messen kann. Damit besteht ein großes Risiko, dass der AAAA nur ein Stück Papier bleibt und sich in der Praxis gar nichts ändern wird.

Im Bezug auf Schulden: Was sind die wichtigsten Ergebnisse? Was hättest du gern im Abschlussdokument gesehen?

Wir hatten gehofft, dass die Regierungen sich in Addis endlich verbindlich zur verantwortlichen Kreditvergabe verpflichten. Einen Prinzipienkatalog gibt es dazu ja schon von der UNCTAD, aber mit der Einhaltung hapert es weiterhin. Außerdem wollten wir, dass Schuldensaudits als Instrument zur Kontrolle verantwortlicher Kreditvergabe anerkannt werden. Und natürlich hatten wir gehofft, dass Addis endlich den Durchbruch in Richtung eines fairen Staateninsolvenzregime schafft.

Verantwortliche Kreditvergabe und Neudefinition der Schuldentragfähigkeit tauchen dann auch im Aktionsplan auf, aber in höchst unverbindlicher Weise. Schuldensaudits und Staateninsolvenzregime sind auf massiven Widerstand reicher Länder gestoßen, vor allem der USA. Immerhin begrüßt der Aktionsplan die Einführung von Gesetzen gegen Geierfonds, wie gerade in Belgien geschehen.

Was sind Gründe dafür, dass kein Staateninsolvenzverfahren, wie von der UN-Vollversammlung diskutiert, beschlossen wurde?

Man hat anerkannt, dass die derzeit akuten Schuldenkrisen in den am wenigsten entwickelten Ländern und den kleinen Inselstaaten eine dringende Lösung brauchen, hat uns aber nicht verraten, wie die aussehen soll. Was das Dauerthema Insolvenzverfahren angeht, wurden hier lediglich einige Prinzipien anerkannt und ansonsten auf die Arbeit verwiesen, die derzeit beim IWF und der UN-Vollversammlung läuft.

Das Thema bleibt hoch politisch. Die Entwicklungsländer stehen geschlossen hinter der Idee, ein effektives Staateninsolvenzverfahren auf internationaler Ebene einzuführen. Auch immer mehr europäische Länder stehen dem offen gegenüber. Kein Wunder bei dem Trauerspiel, das der IWF und die Euro-Gruppe seit Jahren auf-führen. Widerstand kommt besonders von Ländern, die bedeutende Finanzzentren beherbergen. Der Addis-Gipfel war aber eher von symbolischer Bedeutung. Viel wichtiger ist die Resolution, über die die UN-Vollversammlung Anfang September abstimmt. Diese wird bestimmen, ob die UN endlich das Mandat zur Schaffung eines Staateninsolvenzregimes bekommt. ▲

Schuldenreport 2015



83 Staaten im Globalen Süden drohen Schuldenkrisen. Die betroffenen Länder stehen dann vor den gleichen Herausforderungen wie überschuldete Staaten in den 1980er Jahren oder Griechenland heute. Wie die Schuldner und Gläubiger auf die Gefahr reagieren, zeigt der Schuldenreport 2015, den erlassjahr.de und die Kinder-nothilfe am 27. April 2015 in Berlin vorgestellt haben.

Petition: Streicht Griechenlands Schulden!

Griechenland ist bereits im sechsten Jahr der Schuldenkrise. Die griechische Bevölkerung leidet unter einer enormen und unbezahlbaren Schuldenlast. Beim Referendum am 5. Juli hat sich die Mehrheit der Griechinnen und Griechen gegen eine Fortsetzung der erzwungenen Austeritätspolitik ausgesprochen.

Sowohl die Krise in Griechenland als auch die Krisen, die wir in der Vergangenheit in vielen Ländern des Globalen Südens beobachten konnten, sind Symptome für ein globales Finanzsystem, das die Interessen von Banken und Finanzeliten über die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger stellt.

Jetzt ist die europäische Solidarität gefragt!

Gemeinsam mit über 50 Organisationen aus ganz Europa unterstützt erlassjahr.de einen Aufruf zur Solidarität mit Griechenland. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass untragbar gewordene, ungerechte Schulden gestrichen werden, dass die erzwungene Sparpolitik ein Ende hat und dass neue Regeln für die faire und zügige Lösung von Schuldenkrisen geschaffen werden.

Die Petition fordert daher:

- eine Schuldenkonferenz, auf der ein Schuldenerlass für Griechenland und andere Länder, die es benötigen, vereinbart wird. Vorbild hierfür kann die Londoner Schuldenkonferenz von 1952/3 sein, auf der ein Schuldenerlass für Deutschland verhandelt wurde.
- ein Ende der erzwungenen Kürzungsmaßnahmen, die zu

Ungleichheit und Armut führen. Mit ihrem „Nein“ im Referendum haben auch die Griechinnen und Griechen dies abgelehnt.

- die Erarbeitung von internationalen Regeln durch die Vereinten Nationen, damit Staatsschuldenkrisen in Zukunft schnell, fair und unter Einhaltung der Menschenrechte gelöst werden können. Dadurch

wird Banken und Spekulanten signalisiert, dass wir in Zukunft nicht mehr für das Risiko ihrer unverantwortlichen Investitionen haften werden.

Die Unterstützung dieser und ähnlicher Petitionen in ganz Europa ist groß. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass unsere Stimme gehört wird: Nein zur menschenverachtenden Sparpolitik! Ja zur europäischen Solidarität! ▲



CANCEL GREEK DEBT

Unterzeichnen auch Sie die Petition:

www.erlassjahr.de/kampagnen/cancelgreekdebt.

Kirchentag 2015: erlassjahr.de und der Bundesfinanzminister

Auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 3. bis 7. Juni war erlassjahr.de mit einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten sowie der Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ vertreten. In einer Bibelarbeit nahm Finanzminister Wolfgang Schäuble Stellung zum biblischen Erlassjahr und äußerte sich zu der Forderung von erlassjahr.de.

Der diesjährige Kirchentag in Stuttgart stand unter der Losung „damit wir klug werden“. Kurzzeitig keimte die Hoffnung auf, dass auch Finanzminister Wolfgang Schäuble in Bezug auf den Umgang mit Staatsschuldenkrisen endlich „klug“ geworden war.

Schuldenerlasse seien für ärmere Länder wie Nepal durchaus sinnvoll, sagte er während einer Bibelarbeit

zum Thema „Klug handeln – mit dem Mammon?“. Jedoch – und damit war es dann auch vorbei mit der Losung – bestehe diese Möglichkeit für die Eurozone nicht. Trotz Schäubles Eingeständnis, die Regeln für den Umgang mit übermäßiger Staatsverschuldung könnten verbessert werden, bleibt die Bundesregierung den Verhandlungen in den Vereinten Nationen, die genau darauf abzielen, weiter fern (Seite 6).



Dabei hätte Schäuble sicherlich einige Impulse aus dem erlassjahr.de-Gottesdienst wenige Tage zuvor in Dresden mitnehmen können. Der sächsische Landesbischof Jochen Bohl hatte in seiner Predigt erklärt: „Was innerstaatlich sinnvoll ist, sollte auch zwischenstaatlich möglich werden. (...) Es ist aller Anstrengung wert, nach einem praktischen Verfahrensweg zu suchen, wie dies fair und transparent geschehen kann.“

das eine geordnete Insolvenz für Staaten haben könnte, vermieden werden soll.

An unserem Stand kamen wir indes mit vielen Leuten ins Gespräch, die häufig unter dem Eindruck der Krise in Griechenland wissen wollten, wie denn mit bankrotten Staaten besser umgegangen werden könnte. Auf dem Markt der Möglichkeiten konnten die Besucher/innen den Entwicklungs- und

Schwellenländern ihre Solidarität im Kampf für ein Staateninsolvenzverfahren bekunden. Einige große Postkarten sollen der Präsidentschaft der Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer in den Vereinten Nationen im Laufe des Jahres überreicht werden und die Unterstützung der deutschen Zivilgesellschaft für diesen wichtigen Schritt verdeutlichen.



In Dresden nahm Finanzminister Schäuble am erlassjahr.de-Gottesdienst zum Thema „... wie auch wir vergeben unseren Schuldnern“ teil.

Schäuble hingegen betont, dass „auch die beste Insolvenzordnung kein einfaches Allheilmittel“ sei. Was allerdings auch niemand behauptet hat. Vielmehr scheint es, dass damit eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Potenzial,

Posterausstellung „Schulden in Bildern“

Für alle, die nicht ausreichend Platz und Ressourcen für unsere „große“ Ausstellung haben, bietet sich die Posterausstellung „Schulden in Bildern“ an, die auch auf dem Kirchentag zum Einsatz kam. Die Publikation bietet einen leicht verständlichen Zugang zum Thema. Nicht lange Texte, sondern anschauliche Bilder und Typografien sind das zentrale Element der Bilderserie. Ursprünglich als interaktive Online-Präsentation entstanden, enthält die Posterserie acht ausgewählte Plakate im DIN-A2-Format. Die Serie ist auf Anfrage individualisierbar.

Wanderausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“

Seit mittlerweile drei Jahren ist die Wanderausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ in Kirchen, Rathäusern, Volkshochschulen und anderen Orten in ganz Deutschland zu sehen. 2014 wurde die Ausstellung aktualisiert.

Als zentrales Element der Bildungs- und Informationsarbeit von erlassjahr.de bietet die Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ engagierten Mitträgern und Interessierten die Möglichkeit, vor Ort auf den Zusammenhang zwischen Schulden und Armut aufmerksam zu machen. In den letzten 12 Monaten war sie in Duisburg, Stadthagen, Müllheim, Gießen, Leipzig, Dresden, Schorndorf, Berlin, Stuttgart und Oelde zu sehen.

Eine Vielzahl der Kooperationspartner im Rahmen der Ausstellung nutzte den Anlass zur Durchführung eines vielseitigen Rahmenprogramms. Die erlassjahr.de-Geschäftsstelle steht dabei gern unterstützend zur Seite. Dazu gehört auch die Durchführung von Schulungen für die Partner der Ausstellung und interessierte Multiplikator/innen.

Im Jahr 2014 wurde die Ausstellung inhaltlich und didaktisch überarbeitet. Neben Aktualisierungen wurden drei komplett neue Säulen zu relevanten Themen



Besucherinnen und Besucher der Ausstellung beim Kirchentag in Stuttgart.

erstellt und die Ausstellung insgesamt besser strukturiert. Die Säule „Nichts gelernt: die Eurokrise“ zeigt, wie die Fehler, die während der sogenannten „Schuldenkrise der Dritten Welt“ in den 1980er und 1990er Jahren dramatische Konsequenzen für die betroffenen Menschen hatten, heute im Umgang mit der Schuldenkrise in Griechenland wiederholt werden.

Mit der Säule „Neue Schuldenkrisen: das Beispiel Subsahara-Afrika“ hat eine aktuelle Entwicklung im Schuldenthema Eingang in die Ausstellung gefunden. Der zu beobachtende Aufbau neuer Schuldenkrisen in vielen Ländern des Globalen Südens wird in den kommenden Jahren für die Arbeit von erlassjahr.de von zentraler Bedeutung sein. Auch das Thema „Geierfonds“ wurde in die Ausstellung inte-

griert. Der Rechtsstreit zwischen Argentinien und dem Investmentfonds *NML Capital* war lange Zeit immer wieder in den Schlagzeilen gewesen. Einer der Lösungsansätze, wie dem schädlichen Geschäftsmodell der Geierfonds der Garaus zu machen ist, sind nationale Anti-Geier-Gesetze wie Großbritannien oder Belgien sie haben.



Hier sind Sie gefragt: Würden Sie diesem Land die Schulden erlassen?

Eine Erklärung, wie Staatsschulden überhaupt entstehen und warum die Schuldenlast zu einem Problem werden kann, bietet einen verbesserten Einstieg auch für Besucher/innen mit geringen

in armut verschuldet.

& WIE GEHT'S DIR SO?

Schulden haben direkten Einfluss auf unsere Lebensweise. Wenn Staaten in Schulden untergehen, sparen sie oft an den Dingen zuerst, die für die Zukunft eines Staates und seiner Bürgerinnen am dringendsten notwendig sind: Ernährung, Bildung, Gesundheit, Umweltschutz oder Ausbau einer Infrastruktur. Preise schellen in die Höhe, die Arbeitslosigkeit steigt. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird grösser.

links: Suzanne Tucker / Shutterstock.com, rechts: Hector Conesa / Shutterstock.com

Begleitbroschüre zur Ausstellung, vollständig überarbeitete 2. Auflage



Im Rahmen der umfassenden Überarbeitung der Ausstellung wurde ein neues Begleitmaterial erstellt. Das Ergebnis ist eine neue Broschüre, die zur Vor- und Nachbereitung des Ausstellungsbesuchs genutzt werden kann, aber auch völlig unabhängig von der Ausstellung eine Einführung in das Thema bietet. Die Broschüre steht online unter www.erlassjahr.de/ausstellung bereit, die Printversion kann in der Geschäftsstelle von erlassjahr.de zum Preis von 2 Euro bestellt werden.

Vorkenntnissen. Für die pädagogische Vor- und Nachbereitung des Ausstellungsbesuchs mit Schulklassen und Jugendgruppen steht nun ein Ordner mit pädagogischen Methoden und zusätzlichen Begleitmaterialien bereit.

Die nächsten Ausstellungsorte sind die VHS Neuss im Oktober und das EPiZ Reutlingen im November. Die Ausstellung kann gegen eine Eigenbeteiligungspauschale von 500 Euro für Transport, Aufbau und Einweisung ausgeliehen werden. Bitte wenden Sie sich an Mara Liebal, m.liebal@erlassjahr.de, 0211 / 4693-211. ▲

Vortragsreise: Ghana – ausweglose Schuldenfalle?

In seinem letzten Bericht hat der Internationale Währungsfonds das Überschuldungsrisiko Ghanas als „hoch“ eingestuft. Das westafrikanische Land galt lange Zeit als Vorzeigebispiel für eine erfolgreiche Entschuldung im Rahmen der Entschuldungsinitiative für hoch verschuldete arme Länder. Doch erreichte Entwicklungserfolge sind jetzt durch die Schuldenkrise in Gefahr. Vom 10. bis 17. Oktober 2015 veranstaltet erlassjahr.de daher eine Vortragsreise mit der Direktorin von SEND Ghana, Clara Osei-Boateng.

Am 19. Juni 1999 forderten 35.000 Entschuldungsaktivistinnen und -aktivisten beim G8-Gipfel in Köln Schuldenerlasse für die ärmsten Länder der Welt. Seitdem ist viel passiert. Durch die Entschuldungsinitiativen für hoch verschuldete arme Länder (HIPC) wurden die Schulden der 36 ärmsten Ländern gestrichen. In vielen dieser Staaten konnten durch den Schuldenerlass Verbesserungen im Bildungs- und Gesundheitssektor finanziert werden.

Einer der damals entschuldeten Staaten ist Ghana. Das westafrikanische Land gilt als eine Erfolgsgeschichte: Die untragbare Verschuldung wurde 2004 im Rahmen der HIPC-Initiative halbiert. So konnte die Hälfte des Schuldendienstes jährlich eingespart und in die Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung investiert werden.

Die Ausgaben für die Armutsbekämpfung wurden von 2002 bis 2011 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt mehr als verdoppelt. Durch den Schuldenerlass konnten die Gebühren für den Grundschulbesuch abgeschafft

werden. Bis 2010 profitierten mehr als 700.000 Schülerinnen und Schüler von einem Schulspeisungsprogramm, das täglich eine warme Mahlzeit für benachteiligte Schüler/innen zur Verfügung stellte.

Vortragsreise: „Ghana – ausweglose Schuldenfalle?“

Die ersten Veranstaltungen mit Clara Osei-Boateng im Rahmen der Vortragsreise „Ghana – ausweglose Schuldenfalle“ stehen fest:



13. Oktober: Frankfurt am Main
15. Oktober: Wolfenhausen
17. Oktober: Kiel

Weitere Informationen zu den Terminen in Kürze auf www.erlassjahr.de/termine. Wer im Zeitraum vom 10. bis 17. Oktober einen Vortrag mit Clara Osei-Boateng organisieren möchte, wendet sich an Kristina Rehbein, k.rehbein@erlassjahr.de, 0211 / 4693-218.

Mitte der neunziger Jahre lebte die Hälfte der Menschen in Armut. Nach letztem Stand sind nur noch 28,5 Prozent. Damit gehört Ghana zu den Ländern, die es schaffen werden, das Millenniumsentwicklungsziel, die Armut zu halbieren, zu erreichen.

Trotz der großen Erfolge befindet Ghana sich heute erneut in einer Schuldenkrise. Elf Jahre nach dem Schuldenerlass hat der westafrikanische Staat wieder öffentliche Schulden in Höhe von etwa 70 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts. Ein Viertel der öffentlichen Ausgaben fließt allein in die Zinszahlungen. Der Internationale Währungsfonds stufte das Überschuldungsrisiko des Landes kürzlich von „mittel“ auf „hoch“.

Auf einer einwöchigen Vortragsreise wird Clara Osei-Boateng von

SEND-Ghana sowohl von den Erfolgen der Entschuldung in Ghana berichten als auch kritisch die Gründe für die aktuelle Schuldenkrise, die Risiken für die erreichten Entwicklungserfolge und mögliche Auswege aus der Krise analysieren.

SEND-Ghana setzt sich für Transparenz und Rechenschaftspflichten bei den öffentlichen Finanzen ein. Zu Zeiten der HIPC-Initiative haben sie die Verwendung der durch die Entschuldung frei gewordenen Mittel überwacht. Vor kurzem mussten sie aufgrund der aktuellen Entwicklungen das Thema Schuldenkrise erneut auf ihre Agenda setzen. Clara Osei-Boateng leitet bei SEND-Ghana das Advocacy-Programm, dazu gehört die Lobby-Arbeit zu relevanten Prozessen auf der internationalen Ebene, wie der Prozess der Vereinten Nationen zur Entwicklungsfinanzierung und

Das Erlassjahr-Evangelium



„Das Erlassjahr-Evangelium“ ist eine Studie des biblischen Erlassjahres. Auf 192 Seiten zeigt der Autor die Aktualität dieses Konzeptes und analysiert die konkreten biblischen Anweisungen zu Wohlstand, Besitz und der Überwindung von Armut. Das Buch kann zum Sonderpreis von 5 Euro in der erlassjahr.de-Geschäftsstelle bestellt werden.

die Post-2015-Entwicklungsagenda, sowie die politische Bildungsarbeit. ▲

erlassjahr.de in den Medien

Die Kampagne „Höchste Zeit für die Lösung der Schuldenkrise“ und das große Medieninteresse an der Situation Griechenlands haben dazu geführt, dass erlassjahr.de 2014/2015 verstärkt in den deutschen Medien präsent war.



Vor allem bei der öffentlichkeitswirksamen Aktion am 27. Mai 2015 auf dem Dresdener Neumarkt anlässlich des Treffens der G7-Finanzminister war das Medieninteresse groß (Seite 4). Berichte und Bilder erschienen in regionalen und überregionalen Tageszeitungen, der MDR und das Bayerische Fernsehen zeigten die Aktion, mehrere Radiosender und Internetportale berichteten.

Nach seiner Teilnahme am erlassjahr.de-Gottesdienst in Dresden äußerte sich Finanzminister Schäuble beim Kirchentag zu unserer Forderung (Seite 14). Dadurch fand erlassjahr.de Erwähnung in verschiedenen Berichten zum Beispiel in der Welt, dem Bayerischen Rundfunk, dem Hamburger Abendblatt

sowie der Bild-Zeitung. Apropos Bild: In einem Rückblick zu früheren Gipfeln las man in dem normalerweise gegen Schuldenerlasse hetzenden Boulevardblatt nicht nur, was es bei den jeweiligen Veranstaltungen zu essen gab, sondern zum Gipfel 1999 in Köln auch folgendes: „7 Millionen Unterschriften, eine Menschenkette aus 40.000 Teilnehmern: Die erfolgreiche Kampagne für den Schuldenerlass beeindruckte die Welt. 16 Jahre später drohen längst neue Schuldenkrisen im globalen Süden, zu denen nach Meinung des Bündnisses ‚erlassjahr.de‘ die Politik des billigen Geldes am Kapitalmarkt beiträgt.“

Auch die Vorstellung des Schuldenreports 2015 im April fand mit

Artikeln in neues deutschland, taz, katholisch.de, EPO und E+Z ein zufriedenstellendes Medienecho.

Deutschlandradio Kultur berichtete in letzter Zeit ausführlich über unser Thema, vor allem im Zusammenhang mit Griechenland, so zum Beispiel in den Interviews mit Jürgen Kaiser vom 20. Juni und 12. Juli 2015 sowie einem einstündigen Streitgespräch am 12. August 2015. Auch in Chrismon und bei Radio Bern erschienen lesens- und hörensweite Berichte dazu. Und nicht nur in Deutschland konnte man von erlassjahr.de lesen: „Jubilee Germany“ schaffte es sogar in die „Washington Post“ und die sambische Tageszeitung „The Post“. ▲

Subsahara-Afrika: Neue Schuldenkrisen drohen

Die aktuelle Situation in Griechenland hat deutlich gemacht, dass Schuldenkrisen und Staateninsolvenzen keineswegs ein Phänomen der Vergangenheit sind. Das bestehende Finanz- und Wirtschaftssystem birgt permanent die Gefahr von Staatsschuldenkrisen.

Schon jetzt sehen wir, wie sich im Globalen Süden die nächsten Schuldenkrisen aufbauen. Grund dafür ist, dass der große Finanzierungsbedarf für die bestehenden Entwicklungs Herausforderungen momentan auf ein hohes Kapitalangebot an den Märkten trifft. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind Länder in Subsahara-Afrika, wie Sambia, Ghana oder Tansania. Aufgrund ihres hohen Wachstumspotentials sind sie für Anleger und Investoren im Moment attraktiver als Industrieländer. Doch das Risiko besteht, dass Anleger und Investoren sich abwenden, sobald die Anlagemöglichkeiten in Europa und den USA wieder attraktiver werden.



Miriam Paesler / Miratrick Berlin

Auch der Privatsektor vieler Entwicklungs- und Schwellenländer verschuldet sich zunehmend. Die Privatsektorverschuldung ist mittlerweile genauso hoch wie die des öffentlichen Sektors, der jährliche Schuldendienst doppelt so hoch. Die Schuldenkrisen in Spanien und Irland haben gezeigt, wie schnell

eine Schuldenkrise des Privatsektors zu einer Staatsschuldenkrise werden kann.

2015 ist das Jahr, in dem die *Sustainable Development Goals* (SDG) und damit die neue globale Entwicklungsagenda verabschiedet werden. Obwohl ungelöste Schuldenkrisen ein erhebliches Risiko für die erfolgreiche Entwicklung der betroffenen Länder darstellen, findet das Thema kaum Berücksichtigung bei der Diskussion um die Finanzierung der neuen Entwicklungsziele. Und das obwohl der Schuldendienst aller Entwicklungs- und Schwellenländer im Jahr 2013 rund 680 Milliarden US-Dollar betrug. Zum Vergleich: Die jährlichen Mittel aus der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit an diese Länder belaufen sich auf 137 Milliarden US-Dollar.

Die Be- und Entlastung des Staatshaushaltes haben direkte Konsequenzen für das Leben und die Entwicklungschancen unserer Partner. Überschuldung kann zu bedrohlichen Einschnitten bei den öffentlichen Leistungen bis hin zum vollständigen Verschwinden staatlicher Strukturen führen. Gleichzeitig können durch Entschuldung Mittel für die Armutsbekämpfung frei werden.

Vor diesem Hintergrund organisiert erlassjahr.de zusammen mit dem Netzwerk Afrika Deutschland, der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika, dem Verein *Social Justice in Global Development* und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung am 8. Oktober 2015 zwei Veranstaltungen in Berlin (siehe links).

am
8. Oktober
in Berlin

Entwicklungspolitische Fachtagung für Ländernetzwerke und Partnerschaftsinitiativen

8. Oktober, 12:00 – 16:30 Uhr, Brot für die Welt, Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin

Zusammen mit Partnerschaftsinitiativen, Ländernetzwerken und allen Menschen mit Interesse an entwicklungspolitischen Fragestellungen und Subsahara-Afrika werden wir

- einen kritischen Blick auf die erreichten Entlastungen durch den Schuldenerlass für die hoch verschuldeten armen Ländern werfen,
- neue Herausforderungen anhand von konkreten Länderbeispielen analysieren und
- gemeinsam Handlungsschritte entwickeln.

31. Donnerstagsgespräch der Kirchen: Rückkehr der Schuldenkrise in Subsahara-Afrika: Kann die neue globale Entwicklungsagenda dort funktionieren?

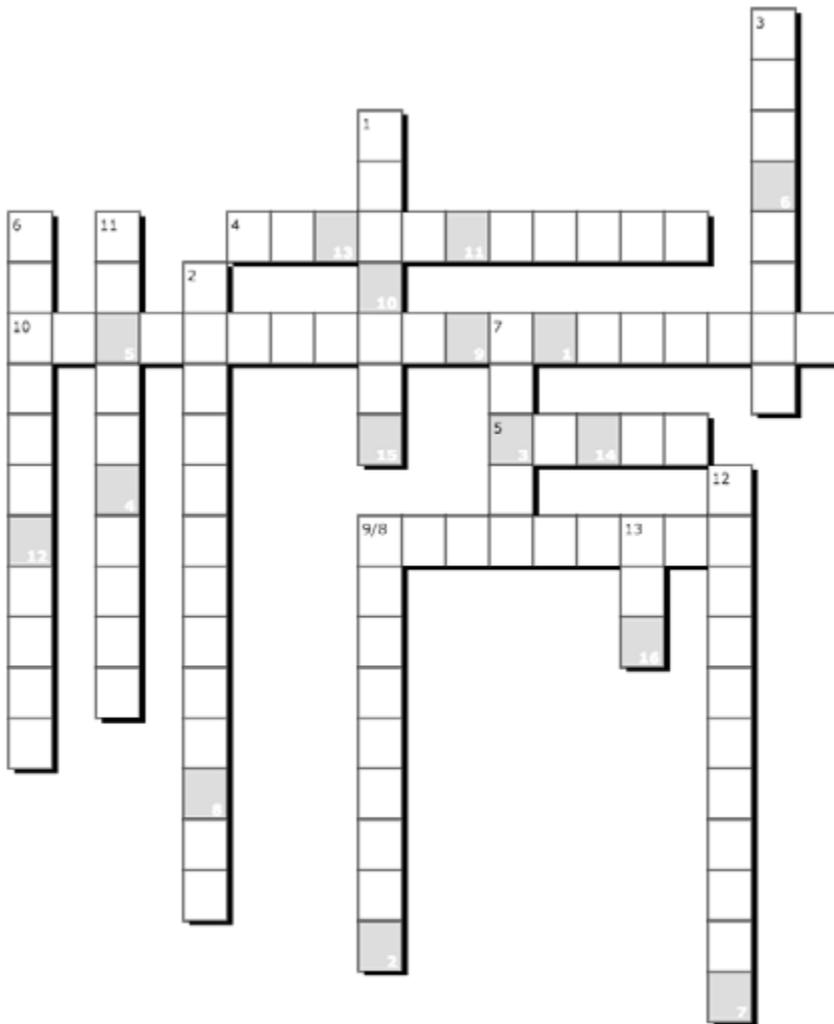
8. Oktober, ab 18:00 Uhr, Haus des Bevollmächtigten der EKD in der Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin

In dieser Podiumsdiskussion wird die Rückkehr der Schuldenkrise vor dem Hintergrund der neuen globalen Entwicklungsagenda 2015 mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und von Zivilgesellschaft aus Nord und Süd diskutiert.

Für beiden Veranstaltungen bitten wir um Anmeldung bei Kristina Rehbein, k.rehbein@erlassjahr.de.

Schuldenquiz

Senden Sie das Lösungswort mit dem Betreff „Entschuldungskurier - Quiz“ an buero@erlassjahr.de. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir ein erlassjahr.de-Paket, inkl. Schuldenquartett, Kampagnenarmband, Button und Schal. Teilnahmeschluss ist der 16. Oktober 2015.



- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Die G7-Finanzminister trafen sich 2015 in ... 2. Höchste Zeit für die Lösung der ...! 3. HIPC steht für Heavily ... Poor Countries. 4. SDG steht für Sustainable ... Goals. 5. Die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung fand statt in Addis ... 6. In dieser Stadt befindet sich die Geschäftsstelle von erlassjahr.de. 7. Im Oktober findet eine Vortragsreise mit Clara Osei- | <ol style="list-style-type: none"> 8. (senkrecht) Hier fand 2015 der Deutsche Evangelische Kirchentag statt. 9. (waagrecht) Der deutsche Finanzminister heißt Wolfgang ... 10. Jährliche Publikation von erlassjahr.de. 11. Die Mitglieder im Bündnis erlassjahr.de werden auch ... genannt. 12. Die Wanderausstellung heißt „... der Schuldenkrise“. 13. Abkürzung: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung |
|---|---|

Termine 2015

24. September

Bündnisratssitzung

11:00 - 17:00 Uhr.

erlassjahr.de, Carl-Mosterts-Platz 1, Düsseldorf.

1. Oktober

Entwicklung braucht Entschuldung – Wenn Staaten kein Geld mehr haben

Vortrag im Rahmen der ABS-Geldgespräche.

18.15 bis 19.30 Uhr, Hauptsitz der Alternativen Bank Schweiz.

8. Oktober

Fachtagung: Rückkehr der Schuldenkrise in Subsahara-Afrika?

Siehe Seite 18.

8. Oktober

31. Donnerstagsgespräch der Kirchen: Rückkehr der Schuldenkrise in Subsahara-Afrika: Kann die neue globale Entwicklungsagenda dort funktionieren?

Siehe Seite 18.

10. - 17. Oktober

Vortragsreise zur aktuellen Schuldenkrise in Ghana mit Clara Osei-Boateng von dem entwicklungspolitischen Netzwerk SEND-Ghana.

Siehe Seite 16.

15. Oktober

„Schulden müssen bezahlt werden“ Einwand: „Schulden dürfen das Überleben nicht gefährden“

Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Einwände!“ von attac Aachen.

18:00 Uhr, Haus der Evangelischen Kirche in Aachen.

Neue Mitträger

Als größtes entwicklungspolitisches Bündnis in Deutschland lebt erlassjahr.de von der Unterstützung seiner derzeit etwa 650 Mitträgerorganisationen, unter ihnen Landeskirchen, Diözesen, entwicklungspolitische Organisationen, Eine-Welt-Gruppen, Vereine, Kirchengemeinden und Weltläden. Auf dieser Seite stellen wir die 2015 neu eingetretenen Organisationen vor.

HSH

Hochschulseelsorge Hof

Die **Hochschulseelsorge Hof** unterstützt das Anliegen, ein faires Insolvenzverfahren für Staaten zu schaffen und ist seit 2014 Mitträger von erlassjahr.de. An den beiden Hochschulen Hof (Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern und Hochschule Hof für angewandte Wissenschaften) studieren ca. 5.000 Student/innen. Seit 2011 sind zwei Hofer Gemeindepfarrer mit jeweils einem Viertel ihres Dienstauftrags mit der Arbeit der Hochschulseelsorge betraut. Im Januar 2013 holten sie die Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ an beide Hochschulen und machten daraus

Unterstützen auch Sie erlassjahr.de

Organisationen können Mitträger in unserem Bündnis werden, in dem sie die Arbeit von erlassjahr.de mit einem jährlichen Betrag ab 60 Euro unterstützen. Die Summe richtet sich nach der Organisationsgröße. Sie erhalten von uns regelmäßig Informationen zu unseren Publikationen, Veranstaltungen und Angeboten.

Für Einzelpersonen bieten wir das Modell des/der Unterstützer/in an.

Füllen Sie einfach das Formular auf Seite 24 aus oder rufen Sie uns an!

eine Vortragsreihe rund um das Thema „Geld“ mit Video-Mitschnitten, die auf der Homepage www.hochschulseelsorge-hof.de unter „Zusammenfassung der Veranstaltung“ abgerufen werden können.



adveniat

für die Menschen
in Lateinamerika

Die Bischöfliche Aktion **Adveniat** ist eine Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz und wird von den Katholiken in Deutschland getragen. Sie unterstützt die pastorale Arbeit der katholischen Kirche in Lateinamerika und in der Karibik. In Deutschland informiert sie die Gläubigen und die breite Öffentlichkeit über das kirchliche Leben in Lateinamerika und der Karibik und macht auf die Bedürfnisse der Menschen dort aufmerksam. Sie ruft zu Solidarität mit ihnen auf und lässt sich dabei von den pastoralen Optionen der Kirche in Lateinamerika leiten, insbesondere von den vorrangigen Optionen für die Armen und für die Jugend.



KOLPING INTERNATIONAL bildet ein weltweites Netz mit rund 400.000 Mitgliedern in mehr als 60 Ländern. Die Mitglieder arbeiten innerhalb des Verbandes aktiv an einer sozial gerechten Veränderung der Gesellschaft mit. Benannt ist die Organisation nach dem katholischen Priester Adolph Kolping, der

im 19. Jahrhundert Gesellenvereine gründete, um die Not junger Handwerksgehlen im Zeitalter der Industrialisierung zu bekämpfen. Er ist Mitbegründer der katholischen Soziallehre, die bis heute die Basis für die Arbeit von KOLPING INTERNATIONAL bildet. KOLPING INTERNATIONAL vereint drei eigenständige Rechtsträger: den Internationalen Verband (Kolpingwerk e.V.) mit der Internationalen Adolph-Kolping-Stiftung und den Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes e.V. (SEK e.V.).



Anfang des Jahres ist die Vereinigung der Religionslehrerinnen und Religionslehrer an Gymnasien und Gesamtschulen im Bistum Mainz erneut Mitträger bei erlassjahr.de geworden. Als Religionslehrerinnen und Religionslehrer werden sie von Kollegien, Schülerschaft und Eltern als Vertreter ihres Glaubens und besonders auch ihrer Kirche wahrgenommen. Im Religionsunterricht sind sie mit den Schüler/innen im Gespräch und versuchen gemeinsam, die Fragen des Lebens in Beziehung zu setzen mit der katholischen Glaubenstradition. Die geschieht im Rahmen und unter den Bedingungen von Schule, das heißt im öffentlichen, also nicht-kirchlichen Raum und unter Einbeziehung der unterschiedlichen weltanschaulichen Positionen. Die Erfahrungen aus dem Religionsunterricht werden im innerkirchlichen Dialog genutzt. ▲

Aus der Geschäftsstelle

Das Team der erlassjahr.de-Geschäftsstelle steht Ihnen montags bis freitags zwischen 9 und 17 Uhr telefonisch zur Verfügung. Hier stellen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor. Wir möchten uns außerdem herzlich bei den vielen ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützern bedanken, sei es im Bündnisrat, bei Aktionen oder Veranstaltungen.

Ihr Team in der erlassjahr.de-Geschäftsstelle:



Jürgen Kaiser
Politischer Koordinator

0211 / 46 93-217
j.kaiser@erlassjahr.de



Kristina Kühne
Verwaltung

0211 / 46 93-196
k.kuehne@erlassjahr.de



Mara Liebal
Öffentlichkeitsreferentin

0211 / 46 93-211
m.liebal@erlassjahr.de



Kristina Rehbein
Politische Referentin

0211 / 46 93-218
k.rehbein@erlassjahr.de

Ein herzliches Dankeschön ...

... geht an alle ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer! Ein besonderer Dank gilt auch den Praktikantinnen und Praktikanten, die 2014/2015 die Arbeit von erlassjahr.de unterstützt haben:

- Felix Zimmermann
- Mona Lach
- Zarah Greyn

Wir freuen uns immer über die Unterstützung durch Praktikant/innen in der Geschäftsstelle in Düsseldorf.

Jetzt den erlassjahr.de-Newsletter abonnieren!

Mit dem elektronischen Newsletter von erlassjahr.de sind Sie immer auf dem Laufenden! Einmal pro Monat informieren wir über die aktuellen Entwicklungen in der internationalen und nationalen Welt der Schulden, präsentieren neue Publikationen und kündigen aktuelle Termine und Aktionen an.

Einfach eine E-Mail an buer@erlassjahr.de oder per Klick auf www.erlassjahr.de/material-und-publikationen/newsletter/newsletter-abonnieren.

Sichern Sie sich Ihr monatliches Exemplar des erlassjahr.de-Newsletters mit Informationen rund um die Themen Schulden, Entschuldung und Staateninsolvenz!

Mitträgersversammlung 2015 in Eisenach: Kommt die nächste große Schuldenkrise?

Die Mitträgersversammlung (MTV) von erlassjahr.de steht in diesem Jahr ganz im Zeichen der drohenden neuen Schuldenkrisen und des Versuchs der ärmeren Länder, durch die Vereinten Nationen einen geordneten und fairen Entschuldungsmechanismus zu schaffen. Können wir dabei nur zusehen?

Bei der Mitträgersversammlung von erlassjahr.de wird beraten, wie wir als Bewegung in Deutschland unseren Beitrag dazu leisten können, dass nicht erneut aus Krisen Katastrophen werden. Das geschieht durch viele Informationen, durch den Erfahrungsaustausch unter den Mitträgern des Bündnisses und durch gemeinsames Entwickeln von politischen Initiativen.

Wie immer bietet die MTV zahlreiche Möglichkeiten der Begegnung mit anderen Aktiven für globale wirtschaftliche Gerechtigkeit, Weiterbildung in Fragen der Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort, und Raum für neue verwegene Ideen.



Auch in diesem Jahr findet im Vorfeld der Mitträgersversammlung ein Studientag statt.

Der MTV vorgeschaltet ist am Freitag, den 30. Oktober, ab 14 Uhr ein Studientag zum Thema „Zurück in die Achtziger: Kommt die nächste Schuldenkrise?“. Dabei wird sowohl ein Überblick gegeben, welche Länder aktuell besonders betroffen sind als auch Wege zur Überwindung beziehungsweise Prävention von Schuldenkrisen diskutiert. Für alle Neulinge im Schuldenthema bieten wir teilweise parallel einen Einführungsworkshop in Themen und Sprache der internationalen Schuldendiskussion an. ▲

FREITAG, 30. OKTOBER 2015

VORGESCHALTETE VERANSTALTUNGEN

- 14:00 - 18:00 Studientag „Zurück in die Achtziger: Kommt die nächste Schuldenkrise?“
- 16:30 - 18:00 Einführungsworkshop „Was Sie schon immer über Verschuldung wissen wollten“

BEGINN DER MITTRÄGERVERSAMMLUNG

- ab 18:30 Registrierung und Abendessen
- 19:15 Begrüßung, Einstimmung und Vorstellungsrunde
- 19:45 „Wie wir in Dresden die Welt veränderten und auch sonst viel Spaß hatten“: Rückblick auf das Erlassjahr 2014/15
- 21:00 Ausblick auf Themen und Vorhaben im Jahr 2016 und darüber hinaus
- 21:30 Tagesabschluss und Gelegenheit zum Gespräch bei Bier und Wein

SAMSTAG, 31. OKTOBER 2015

- 7:45 Morgenandacht
- 8:15 Frühstück
- 9:00 Lust und Frust bei erlassjahr.de: Drei Impulse von Engagierten als Anstöße für die Arbeitsgruppen
- 10:30 Mit dem Kaffee in die Lern- und Arbeitsgruppen
- 12.30 Vorstellung der Kandidat/innen und Wahl des neuen Bündnisrates
- 13:00 Mittagessen
- 14:00 Ergebnisse der Arbeitsgruppen und praktische Verabredungen für die weitere Arbeit von Geschäftsstelle, Gremien, Arbeitsgruppen und Mitträgern
- 15:00 Kurze Auswertungsrunde und Abschluss der MTV
- 15:30 Beginn der für alle MTV-Teilnehmer/innen offenen Bündnisratsklausur



Anmeldung zur Mitträgersversammlung von erlassjahr.de

30. - 31. Oktober 2015

Haus Hainstein, Am Hainstein 16, 99817 Eisenach

Anmeldung bis zum 11. September 2015.

Name: _____

Organisation: _____

Anschrift: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Anreisetag: _____ Abreisetag: _____

Ich nehme außerdem teil

- am Studientag im Vorfeld der MTV (30.10.2015, 14:00 - 18:00 Uhr)
- am Einführungsworkshop (30.10.2015, 16:30 - 18:00 Uhr)
- an der Bündnisklausur im Anschluss an die MTV für amtierende und neugewählte Bündnisträte und Interessierte (31.10., 15:30 Uhr - 1.11.2015, 14:00 Uhr)

Übernachtungswunsch inkl. Vollpension (bei Teilnahme an der Bündnisklausur werden zwei Übernachtungen berechnet):

- Vollzahler/in (Einzelzimmer: 85,00 € / Doppelzimmer: 70,00 €)
- Ehrenamtliche, Geringverdiener/innen, Studierende (30,00 €, Unterbringung im DZ; EZ nach Verfügbarkeit)
- keine Übernachtung (nur Abend- und Mittagessen) (25,00 €)

Hiermit melde ich mich / die oben genannte Person verbindlich zur Mitträgersversammlung vom 30. - 31. Oktober 2015 an.

- Ich bezahle per Rechnung.
- Der Betrag kann von folgendem Konto abgebucht werden:

Kontoinhaber/in: _____

IBAN: _____

BIC: _____

Bank: _____

Ort, Datum

Unterschrift

Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular per Post an erlassjahr.de, Carl-Mosterts-Platz 1, 40477 Düsseldorf; per E-Mail an buero@erlassjahr.de oder per Fax an 0211 / 46 93 197.



Bestellliste für Material und Publikationen	Preis	Anzahl
Grundlegende Informationen zum Thema Schulden und zu bestimmten Themenaspekten		
erlassjahr.de Infopaket: Informationen zu aktuellen Programmen	kostenlos	
Handbuch: „Einstieg in das Schuldenthema für Entschuldungsaktivist/innen: „Was sie schon immer über Schuldenkrisen wissen wollten“	2,00 €	
Begleitbroschüre zur Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ (2. Auflage)	1,00 €	
Handbuch Schuldentragfähigkeit „Schulden müssen tragbar sein!“	1,00 €	
Handbuch Illegitime Schulden, 2. Auflage	2,00 €	
Broschüre „60 Jahre Londoner Schuldenabkommen“	1,00 €	
Schuldenreport 2015	3,00 €	
Filme		
Schuldenkrise – das hätte man wissen können	2,00 €	
Schuldenkrise - gebt überschuldeten Staaten eine Chance!	2,00 €	
Schulden im Sinne der Anklage	2,00 €	
Schulden in Bildern (animierte Einführung)	2,00 €	
Sonstiges		
Schuldenquartett (inkl. Begleitbroschüre)	2,00 €	
erlassjahr.de-Button (25 mm)	0,50 €	
erlassjahr.de-Schal	3,00 €	

Zur Bestellung von Print-Versionen schicken oder faxen Sie uns die aufgefüllt Liste.
Die Versandkosten berechnen sich aus dem Umfang Ihrer Bestellung.

Name, Vorname

Telefonnummer (für Rückfragen)

Anschrift

E-Mail-Adresse

Ja, bitte senden Sie mir den monatlichen erlassjahr.de-Newsletter

Ja, ich möchte die Arbeit von erlassjahr.de unterstützen!

Wir werden Mitträger!

Die Mitträgerschaft beginnt am _____
und endet bei entsprechender Mitteilung durch
die Mitträgerorganisation.

Den Mitträgerbeitrag von jährlich:

- 60 € für Eine-Welt-Gruppen
- 120 € für kleine Kommunen und Kirchengemeinden, NROs und Netzwerke
- 300 € für Dekanate, Kirchenkreise, Verbände und große Kommunen
- 600 € für Landeskirchen und Diözesen

überweisen wir jeweils zum: _____
auf das Konto von erlassjahr.de.

Senden Sie diesen Abschnitt unter Angabe Ihrer Organisation und der Kontaktperson an erlassjahr.de - weitere Informationen:
www.erlassjahr.de/mitmachen/wir-werden-mittraeger

Ich werde Unterstützer/in!

Meine Unterstützung beginnt am _____
und endet bei entsprechender Mitteilung.

Den Unterstützerbeitrag von jährlich

- 12 €
- 24 €
- ___ €

überweise ich jeweils zum: _____
auf das Konto von erlassjahr.de.

Senden Sie diesen Abschnitt unter Angabe Ihrer Kontaktdaten an erlassjahr.de - weitere Informationen:
www.erlassjahr.de/mitmachen/ich-werde-untersttzer